

Why not!?





NATO-Gipfel - Was war da nochmal?

Aus dem Knast

Chronologie der Repression

Kampagnenarbeit?

Einleitende Worte

Der Weg ist das Ziel

Seit April diesen Jahres sind in Strasbourg deutsche und französische Freunde inhaftiert, die gegen die NATO protestiert haben. Daraufhin fanden sich Menschen in Gruppen zusammen, um die zunächst konfuse Informationen zu sortieren, die Erstversorgung der Inhaftierten mit Klamotten und Büchern zu gewährleisten und natürlich auch, um Geld aufzutreiben um die Gefangenen weiterhin unterstützen zu können. Das alles hat mit Solidarität zu tun. Und doch ist Solidarität mehr als "nur" Geld zu sammeln.

Die Freunde sitzen in Haft, weil sie mit vielen anderen und stellvertretend für uns, einem System entgegengestellt haben, welches Militarismus feiert. Sie sind nicht die Ersten und Einzigen und werden nicht die Letzten sein, die auf Grund ihrer politischen Aktivitäten im Knast gelandet sind und landen werden. Deshalb ist es so wichtig für jede/n Einzelne/n von uns, sich klar zu machen, dass es auch jede/n von uns hätte treffen können und treffen kann, denn nach der freiheitlich demokratischen

kriminell, so unsere Kämpfe nicht bloße Lippenbekenntnisse sind.

Es ist an uns, ihren Protest der auch unserer ist, weiterzuleben und ihnen so zu zeigen, dass wir an ihrer Seite sind und nicht vergessen, was unser aller Angelegenheiten sind.

Wir müssen an die Öffentlichkeit um mit unseren vielfältigen Mitteln, klar und deutlich zu zeigen, dass wir nicht einzuschüchtern sind, weil wir für eine andere, wirklich emanzipierte Gesellschaft stehen. Keinen, den sie aus unseren Reihen weggesperrt haben, überlassen wir staatlich sanktionierten Racheplänen.

Der nächste Gipfel steht vor der Tür und die Repressionen werden nicht abnehmen.

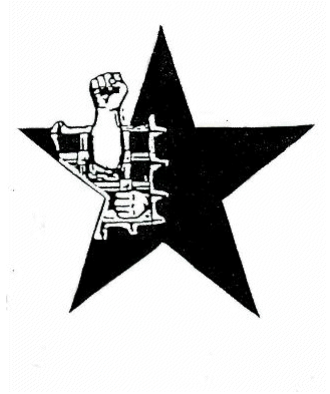
Unsere täglichen Kämpfe, die nicht in die domestizierte Protestkultur passen, fordern von uns Farbe zu bekennen. Also bekennen wir uns, auch wenn wir einen langen Atem brauchen.

Wir sind die Guten! ;)

Nützliche Informationen

Weblinks:

www.breakout.blogsport.de
www.rote-hilfe.de
www.abc-berlin.net
www.gipfelsoli.org
www.dazwischengehen.org
www.autistici.org
www.no-nato.so36.net
www.no-to-nato.org
www.sicherheitskonferenz.de
www.armutsatlas.de
www.de.indymedia.org



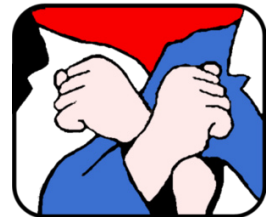
Ihr erreicht uns unter:

StrasbourgSoli@riseup.net

Spendenkonto für alle Gefangenen:

Rote Hilfe
Kontonummer: 609760434
Bankleitzahl: 36010043
Stichwort: "Hans"

IBAN: DE72360100430609760434
BIC: PBNKDEFF



Herausgeber_Innen der Broschüre:
Rote Hilfe Dresden und Gefangenensoligruppe Dresden

Kampagnenarbeit?

Wie ihr nun aus dieser Broschüre erfahren habt, liegt eine Menge Arbeit vor uns allen. Es sollte nicht nur an denen liegen, die sich ausgiebig mit dem Thema beschäftigen, etwas zu ändern. Vielmehr ist es an jede(r)m sich mit diesem Thema auseinander zu setzen und zu agieren.

Wie jetzt, werden sich einige fragen. Nun die Idee ist ganz einfach, wir wollen Euch ermuntern selbst aktiv zu werden, sich gegen die Festung Europa zu engagieren und Eure eigenen Ideen von Widerstand und Leben und einer besseren Zukunft zu verwirklichen.

Wir laden Euch alle ein und fordern Euch gleichzeitig auf mit uns gemeinsam, Spektrenübergreifend eine Kampagne ins Leben zu rufen die sich gegen den Militärapparat der Nato und die weitere Militarisierung der Gesellschaft, gegen Abschiebung und Folter, gegen das Errichten von Auffanglagern und die rassistische Flüchtlingspolitik und für ein anderes und besseres Leben richtet. Wie auch immer Euer Themengebiet ist, bringt Eure Protestform, Eure Ideen und vor allem aber Eure Handlungen mit ein. Von einfachen Transpirationen über Flug- und Informationsblättern,

Veranstaltungen und vielem mehr, sind keine Grenzen gesetzt. Organisiert Infoveranstaltungen, redet mit Euren Nachbarn, Kollegen, mit Menschen in Eurer Umgebung über die NATO und die EU. Nehmt in Euren Aktionen Bezug auf die EU und die NATO, werdet aktiv und vernetzt Euch. Gemeinsam sind wir stark! Wir sagen gemeinsam NO to the NATO und NO zu den herrschenden Zuständen.

Kontakt: StrasbourgSoli@riseup.net

NATO – Was ist das?

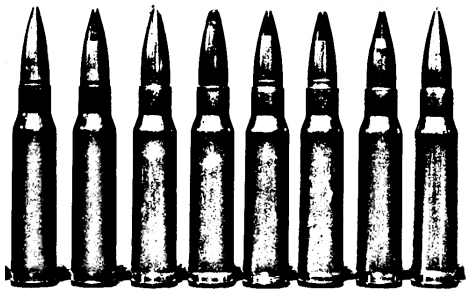
Die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist laut der Selbstdarstellung im Nordatlantikvertrag ein Defensivbündnis in dem sich alle Mitglieder zur friedlichen Konfliktbeilegung und freundschaftlicher Ausgestaltung internationaler Beziehungen aussprechen. Auch die Wahrung der westlich-liberalen Gesellschaftsordnung und die Anerkennung demokratischer Prinzipien stehen auf der Agenda. Zur NATO zählen zur Zeit 28 Länder und sie ist für 70 % der Militärausgaben weltweit verantwortlich. Aber was steckt hinter dieser Selbstdarstellung und den Zahlen? Der Sinn hinter der Gründung des Militärbündnisses war von Anfang an die militärische Durchsetzung und Absicherung kapitalistischer Expansion. Sozusagen ist der West-Ost-Konflikt auch als Kampf um die Öffnung von Gebieten für eine ökonomische Expansion zu sehen. Damit wird auch verständlich, warum sich die NATO mit dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht aufgelöst hat. Seit 1990/91 spricht die NATO offen von der weltweiten "Verteidigung" der eigenen Interessen, trotz Beibehaltung des Wortlautes des Nordatlantikvertrages. In einem 1991 beschlossenen Strategie-Papier werden neue "Bedrohungen" und "Risiken" analysiert.

Dazu zählen der internationale Terrorismus, die Weiterverbreitung von Atomwaffen, sogenannte "failed states", die Gefährdung wirtschaftlicher Interessen sowie der Energie- und Rohstoffversorgung des Westens, weltweite Destabilisierungen gesellschaftlicher Systeme und Migrationsbewegungen als Bedrohung und Risiko.

Nach dem Zusammenfall des Eisernen Vorhangs breitete sich die NATO rasch nach Osten aus. 1994 wurde das Programm "Partnerschaft für den Frieden" zum zentralen Dokument für die Osterweiterung. Nach mehreren Erweiterungsrounds wird derzeit über einen möglichen Beitritt Mazedoniens, der Ukraine und Georgien diskutiert. Dass durch die Aufnahme von Georgien und der Ukraine sich die Beziehungen zu Russland nicht verbessern werden, zeigte sich 2008 in dem Konflikt um Südossetien. Indem die NATO zur dominierenden Organisation auf der Nordhalbkugel wurde, verschlechterte sich die militärische Position Russlands deutlich. Dies geschah nicht nur durch die Osterweiterung, sondern auch durch den Krieg der NATO in Jugoslawien, die Anerkennung des Kosovos, den Irak-Krieg (Errichtung strategischer Stützpunkte im Süden Russlands)

und den Afghanistan-Krieg. Zudem bemüht sich die NATO ein europaweites Raketenabwehrprogramm zu errichten. Durch dieses fühlt sich nunmehr Russland stark bedroht und in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Wie mögliche Maßnahmen bzw. Erweiterungen zur Schwächung Chinas aussehen werden, kann nur vermutet werden. Dabei darf hier auch nicht vergessen werden, dass Russland wie auch China ebenfalls souveräne, auf militärischer Stärke aufbauende Staaten sind die ebenfalls wie die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Leichen im Keller haben.

Durch die oben erwähnte Erweiterung des Sicherheitsbegriffs werden alle möglichen zivilen Bereiche "versicherheitlicht" und damit zu einer Angelegenheit der Militärs. Auf all diese "Bedrohungen" kann das Bündnis nun militärisch reagieren. Dabei ist die Bindung an einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates zwar erwünscht, aber keine grundlegende Voraussetzung mehr für einen Militäreinsatz. Neben dem Strategiepapier von 1991 stellt das Strategiepapier von 1999 die aktuellen Grundlagen der NATO dar. Dieses Papier sieht unter anderen Out-Of-Area-Einsätze, also Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes und ein „Recht“



auf einen atomaren Erstschlag gegen Staaten, die selbst nicht über Atomwaffen verfügen, vor. Dass die Interessen der NATO gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf internationales Recht durchgesetzt werden können, zeigt der Fall der Selbstmandatierung der NATO im Kosovokrieg. Das war keineswegs ein "Sonderfall", sondern ein gewaltiger Schritt in Richtung Zerstörung des internationalen Rechts.

Ein derzeit aktuelles Beispiel für „Out-Of-Area-Einsätze“ ist die Piratenbekämpfung vor der somalischen Küste. Hier werden NATO-Streitkräfte eingesetzt um Piraten zu bekämpfen und die europäischen Handelswege zu sichern. Dass diese Aktionen ausschließlich zur Sicherung der Versorgung Europas und dem „Schutz“ des internationalen Handels dienen, ist selbstverständlich. Piraterie vor der somalischen Küste ist ein Beispiel für Verelendung und großer Armut auf weiten Teilen des afrikanischen Kontinents.

Was die Nato noch vor hat, steht relativ unverblümt in ihrem

Der nächste Prozess der Angeklagten aus Tours findet am Montag, 22. Juni im Tribunal de Grande Instance de Strasbourg statt.

Zwei Angeklagte sitzen noch in U-Haft, ihr Verhandlungstermin steht noch nicht fest.

Zwei Berufungsverhandlungen stehen noch aus.

Gefangenensoligruppe Dresden



05.05.2009

Es kam zur Verhandlung des Deutschen und der drei Franzosen, die das Schnellverfahren abgelehnt hatten. Der deutsche Gefangene wurde zu einem halben Jahr Haft mit sofortigen Haftantritt verurteilt, die drei Franzosen vorübergehend freigelassen.

Die drei wurden während des Nato- Gegengipfels in einem Straßburger Supermarkt von den Sicherheitsleuten denunziert Benzin, ein Wischtuch und Taucherbrillen gekauft zu haben. Sie wurden festgenommen und saßen einen Monat im Knast in der Elsass, nachdem sie das Schnellverfahren abgelehnt hatten.

Am 5. Mai wurden sie freigelassen, da der Richter einen der von der Verteidigung angeführten Verfahrensfehler akzeptiert hatte.

Die Staatsanwaltschaft berichtigte den „Fehler“, um die drei Personen somit erneut vorladen zu können.

Im Moment befinden sie sich nicht im Knast, können aber innerhalb der nächsten 3 Jahre erneut geladen und verurteilt werden.

12.05.2009

Die Verhandlung eines Franzosen der ebenfalls das Schnellverfahren abgelehnt hatte, fand statt. Er wurde zu 3 Jahren Haft mit sofortigem Haftantritt verurteilt, davon wurden 2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Ihm wurde vorgeworfen, seinem Sozium ein Feuerzeug gereicht zu haben, welches angeblich dazu benutzt wurde, einen Feuerwerkskörper anzuzünden, welcher in Richtung zweier Polizisten geworfen worden sein soll. Durch den Feuerwerkskörper fing die Hose des Polizisten Feuer und er wurde leicht am Fuß verletzt.

Während der angebliche Werfer nicht von der Polizei gefasst wurde, musste sich der Straßburger, vor dem „Tribunal de grande instance“ in Straßburg wegen „Komplizenschaft bei einer Aggression“ verantworten. Zusätzlich zu seiner Haftstrafe muß der Straßburger noch die dem Polizisten entstandenen Kosten tragen.

Diskussionspapier „Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen Welt“. So wird unter dem Themengebiet Ressourcen erwähnt:

„In manchen Fällen befinden sich wertvolle Bodenschätze in Ländern, die unter Bürgerkrieg zu leiden haben, so dass die Bevölkerung nicht von den Bodenschätzen profitiert. Außerdem bieten seltene aber unverzichtbare Mineralien organisierten Verbrechern große Möglichkeiten und Einfluss. ...das bedeutet natürlich, dass diese Gruppen für die ganze Welt von Bedeutung sein können.“ (NATO-Diskussionspapier, Seite 26)

Wenn man naiv ist, könnte man das als warnenden Hinweis für die Einhaltung der Grundrechte und Grundversorgung des jeweiligen Staates sehen. Allerdings stellen sich dabei viele Fragen. Für wen sollen die Rohstoffe auf wessen Boden gesichert werden? Was sind das für Bürgerkriege; wie sind sie entstanden? Und wer sind die Leute vor Ort - etwa Nachfahren Kolonialisierter? Von welchen Verbrechern ist die Rede; sind sie eventuell durch bestimmte Staaten zeitweilig gestützt worden? Im Großen und Ganzen geht es also wie erwähnt um Ressourcensicherung außerhalb Europas

und Nordamerikas um die eigenen Hegemonie zu stärken und den Kriegsapparat am laufen zu halten. All dies auf dem Rücken oder besser mit dem Leben anderer „Nicht- Natopartner“.

Bei der Beschwörung von Gefahren spielt der Islamismus eine große Rolle. Offiziell wird zwischen fundamentalistischen, antisemitischen Islam und praktizierenden Muslimen unterschieden. Aber durch geschickte Formulierungen bzw. das Aufgreifen von Bildern von Stereotypen in den Medien werden Bedrohungsszenarien erzeugt, die den Eindruck vermitteln, dass die meisten islamischen Länder Horte des Fundamentalismus seien. Dabei wird das bestehende Problem der Bedrohung von Menschenrechten durch religiösen Fundamentalismus einzig und allein auf die arabischen und persischen Gebiete projiziert. Es kommt nicht von Ungefähr, dass die dadurch entstehenden Eindrücke an die Bilder der „Anderen“, im Orient zur Kolonialzeit erinnern. Durch die damit angestoßenen, oberflächlichen Diskussionen über Menschenrechte in muslimischen Ländern ist es der NATO vereinfacht ihre Einsätze zu begründen.

Was ist jetzt eigentlich zum NATO - Gipfel 2009 passiert?

Es wurde das 60jährige Bestehen der NATO gefeiert und ein neuer NATO-Generalsekretär gewählt. Frankreich ist dem Militärbündnis erneut beigetreten und bringt somit eine weitere „Atommacht“ mit ins Spiel. Die Aufstellung einer europäischen Schnelleinsatzgruppe wurde beschlossen.

Diese Schnelleinsatzgruppe besteht aus 12.000 SoldatInnen aus ganz Europa und kann binnen drei Tagen für den Kriegsfall einsatzbereit sein. Hingegen wurden die Befugnisse von Frontex, die Grenzschutzagentur der EU, nicht eingeschränkt. Somit muss sie sich weiterhin von niemandem kontrollieren lassen und kann weiterhin Flüchtlingsboote im Mittelmeer und im Atlantik versenken. Dass, das 2008 erarbeitete Dokument „Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen Welt“, welches die Runderneuerung bezüglich effektiverer Kriegs- und Besatzungseinsätze und die Konzeptionen neuer Strategien der Aufstandsbekämpfung beinhaltet, auf dieser Konferenz nicht in ein neues Strategie-Papier mündete, ist überraschend. Es liegt nur eine Erklärung vor, dass ein neues Strategie-Papier erarbeitet werden

soll. Dagegen blieben die Anti-NATO Demonstrationen hinter dem Erhofften zurück: weder die Zahl der DemonstrantInnen ist als positiv zu bewerten, noch kann man von einer Nachhaltigkeit der politischen Manifestation sprechen. Ein Wermutstropfen für die Feierlichkeiten der NATO war allerdings, dass der Gipfel durch den engagierten Einsatz weniger DemonstrantInnen um 6 Stunden verzögert werden konnte. Es muss auch festgestellt werden, dass dieser Gipfel wieder einmal einer der Härtesten seit längerer Zeit in Sachen Polizeibrutalität war. So kam es zu gewaltsamen Festnahmen und starkem Einsatz von Schock-, Blend- und Gasgranaten sowie Gummigeschossen und Taser-Einsätzen wider den GegendemonstrantInnen. Besonders auffällig war das aggressive Vorgehen der Polizei gegen die Aktionsform BlackBlock und die Menschen, die vermeintlicher ausländischer Herkunft sind. Blend- und Schockgranaten wurden von der Polizei in Kopfhöhe verschossen und auch vor Kindern kein Halt gemacht. Dies reiht sich allerdings in die allgemeine faschistoide Handlungsweise französischer und europäischer Sicherheitspolitik ein.

Eine Wasserwerfereinheit hatte zusätzlich CN-Tränengas ins Wasser gemischt.

Die Bundesregierung gab bekannt, dass der französischen Polizei 433 Datensätze zu »potenziell gewaltbereiten Störern« übermittelt worden seien.

06.04.2009

Die 9 Personen, die in Gewahrsam waren, kamen nicht wie angenommen vor den Haftrichter.

5 Gefangene wurden in so genannten Schnellverfahren verurteilt (3 Deutsche; 2 Franzosen). Die Anderen lehnten ein Schnellverfahren ab. Zwei deutsche Staatsbürger wurden zu 6 Monaten Haft mit sofortigem Haftantritt und einem dreijährigem Einreiseverbot verurteilt. Bei den Schnellverfahren gab es keinerlei Beweisaufnahme. Ein anderer Deutscher erhielt eine Strafe von drei Monaten auf Bewährung mit ebenfalls drei Jahren Einreiseverbot nach Frankreich.

In U-Haft befanden sich zu dem Zeitpunkt weiterhin neun Gefangene.

Bereits im Vorfeld der ersten Verhandlungen kündigte der derzeitige französische Präsident und Mitausrichter des Nato-Gipfels Nicolas Sarkozy an, ein Exempel an den NATO- GegnerInnen statuieren zu wollen. Er forderte Höchststrafen für alle Angeklagten.

Die generelle Unschuldsvermutung wurde außer Kraft gesetzt, womit die Angeklagten schon vor Beginn der Verfahren verurteilt wurden – jedoch nicht dafür, was sie getan haben sollen, sondern stellvertretend für eine ganze Bewegung.

29.04.2009

Ein Statement der Gefangenen aus dem Knast wurde veröffentlicht.

Während der Einsatz von Gas im Krieg verboten ist, wurde es staatlicherseits gegen politische AktivistInnen eingesetzt. Ebenso wurden andere gefährliche Waffen benutzt. Die tennisballgroßen Gummigeschosse sind sehr schmerzhaft und verursachen große Hämatome. Indem die französische Polizei diese gezielt auf Augenhöhe abschoss, nahm sie den möglichen Verlust des Augenlichts bei DemonstrantInnen billigend in Kauf. Schockgranaten, die die Einsatzkräfte in großen Mengen und zeitweilig fast im Sekundentakt abfeuerten, zielten darauf ab, in größeren Menschenansammlungen Massenpanik und Orientierungsverlust auszulösen.

Viele KriegsgegnerInnen erlitten Langzeithörschäden durch die ohrenbetäubenden Explosionen, Wunden im Gesicht und am Körper durch herumfliegende Aluminiumfragmente der Granaten.

Viele „OrdnungshüterInnen“ griffen auch zu unkonventionellen Waffen, indem sie beispielsweise den Protestzug von einem Bahndamm aus mit Steinen angriffen.

Schließlich wurde ein großer Teil der DemonstrationsteilnehmerInnen auf einer Insel im Osten der Stadt zusammengepfercht und dort mit sämtlichen polizeilichen Mitteln so lange terrorisiert, bis die Situation eskalierte.

05.04.2009

Am Ende der Anti-NATO-Proteste wurden fast 300 Menschen in Gewahrsam genommen und hunderte Personen zum Teil schwer verletzt.

121 Deutschen war unmittelbar vor und während des NATO-Gipfels die Ausreise aus der BRD verboten worden.

Tausende wurden durch die Polizei – zumeist durch die massiven Tränengaseinsätze – verletzt.

9 Menschen saßen weiterhin in Haft und sollten (voraussichtlich) am folgenden Tag vor den Haftrichter geführt werden.

Was nun?

Die NATO-Strategie wird weiterhin durch eine aggressive, militärgestützte Interventionspolitik gekennzeichnet sein, die von globalen ökonomischen Expansionsinteressen angetrieben wird. Sollte nicht die kapitalistische Produktionsweise zusammenbrechen, besteht der Zwang zum ständigen Wachstum. Daher muss auch Anti-NATO-Arbeit in einen antikapitalistischen Zusammenhang gesetzt werden. Nur durch die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse kann eine Welt ohne Kriege geschaffen werden. Die Kriege der NATO-Staaten basieren direkt auf deren ökonomischen und politischen Interessen. Damit sind die Kriege als dem Kapitalismus immanent zu sehen. Sie sind vielmehr direkte Folge des Systems, das seit jeher durch die militärische Ausplünderung von Rohstoffen in der Peripherie und Eroberung von Märkten wie günstigen Produktionsbedingungen funktioniert. Eine antikapitalistische Perspektive muss daher auch innerhalb der Anti-kriegsbewegung präsent sein.

Gefangenensoligruppe Dresden



Ein Statement aus dem Knast

Der Nato-Gipfel ist seit über einem Monat vorbei und kaum ein Mensch erinnert sich noch an die Proteste geschweige denn deren Inhalte. Während des Gipfel wurden viele Demonstrant_innen, die sich an den Protesten beteiligten, in Gewahrsam genommen. Einige wenige davon wurden willkürlich in Schnellverfahren zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Mit diesen Prozessen sollten nach Aussage Sarkozy's Exempel statuiert werden, die Antimilitarismus- und Friedensbewegung sollte verurteilt und kriminalisiert werden. Über einem Monat nach den Verhaftungen haben es die inhaftierten Gipfelgegner_Innen nun geschafft ein gemeinsames Statement zu verfassen. Darin erklären sie ihre Beweggründe sich an den Protesten gegen den Nato-Gipfel zu beteiligen und schildern ihre Situation im Gefängnis und die ihnen zu Teil werdende Solidarität. Kriegstreiberei wird gefeiert- wer sich wehrt, kommt in den Knast.

Im Gefängnis geht alles nicht so schnell. Wenn man einen Brief schreiben will, müssen erstmal Briefmarken und Papier bestellt werden. Dafür braucht es Geld. Und auch wenn dir Geld zur Verfügung steht, kann es dauern

bis die bestellten Dinge da sind. Alle Briefe werden geöffnet und wahrscheinlich gelesen, dass braucht auch seine Zeit. Informationen gelangen nur sehr langsam herein und heraus. Und so melden wir uns erst jetzt zu Wort.

1,2,3 und du bist nicht mehr frei!

Als die NATO am 3. und 4. April 2009 ihren Geburtstag feiern wollte, war sie nicht allein. Zehntausende Menschen fuhren nach Frankreich, um gegen das Kriegsbandnis auf die Straße zu gehen. Tausende deutsche und französische Polizist_innen waren im Einsatz. Das Schengener Abkommen wurde außer Kraft gesetzt und die Stadtzentren von Baden-Baden und Straßburg wurden abgeriegelt. Viele Menschen bekamen Einreiseverbote nach Frankreich und umliegende Länder. Bereits zwei Tage vor dem Gipfel wurde eine ganze Demonstration bei Straßburg eingekesselt und verhaftet, welche sich gegen die tödliche Polizeigewalt beim G20- Gipfel in London gerichtet hatte. Vor der Masseningewahrsamnahme wurden die Menschen mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen durch einen Wald gehetzt.

20m vor dem Camp gab es eine Personalienkontrolle. Beim Versuch, die Sache mit der Polizei zu klären, kamen Schock- und Tränengasgranaten gegen die CampteilnehmerInnen zum Einsatz.

01.04.2009

Aktionen, bei denen die Materialien der Vokü an der Grenze hinüber getragen werden sollten, wurden durch den Einsatz von Tränengasgranaten verhindert.

02.04.2009

Durch die massive Polizeipräsenz bei einer Antirepressions-Demo kam es zur Flucht von etwa 150 Menschen in ein Waldstück in der Nähe von Straßburg. Dabei wurden 20 von ihnen festgenommen. Ein Großteil der Festgenommenen wurde am selben bzw. darauf folgenden Tag wieder freigelassen.

9 Personen blieben inhaftiert.

04.04.2009

20.000 DemonstrantInnen in Strasburg und 7000 DemonstrantInnen in Kehl, fanden sich gemeinsamen zu einer Anti-NATO – Demonstration zusammen.

Die Brücke über den Rhein wurde gesperrt, mit der Begründung, dass es der Demo laut Polizei nicht zugemutet werden konnte, „direkt ins brennende Straßburg zu laufen“. Die 7000 NATO-GegnerInnen die angereist waren, standen auf der Europabrücke zwischen Kehl und Straßburg und wurden nicht hinübergelassen.

In Straßburg selbst wurden seit den frühen Morgenstunden sämtliche Protestveranstaltungen jeglicher Art durch massives Polizeiaufgebot und den Einsatz von Tränengas, Schockgranaten, Gummigeschossen, Pfefferspray, Hubschraubern und Wasserwerfern behindert und gefährdet.

Chronologie der Repression

Bereits einige Wochen vor dem NATO-Gipfel fanden Hausdurchsuchungen statt, Meldeauflagen wurden erteilt und es gab vermehrte Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes.

In der Woche vom 30.03.- 05.04.2009 fand der Gipfel und die damit verbundenen Proteste statt. In dieser Zeit wurden mehrere Aus- und Einreiseverbote erteilt. Die Meisten dieser Verbote wurden willkürlich und ohne präzise Angabe von Gründen ausgesprochen. Es gab Kontrollen an Raststätten, Bahnhöfen und Grenzen, sowie permanente An- und Übergriffe auf Protestveranstaltungen und Widerstandscamps.

Der Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech, sprach vom größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes.

Im Verlauf dieser Zeit wurden eine Vielzahl von AktivistInnen mit Verfahren überzogen.



30.04.2009

Am Rande der Demonstration „Make Militarism History“ in Freiburg herrschte eine martialische Polizeipräsenz vor und es kam zu massiven Repressionsmaßnahmen in Form von schikanösen Kontrollen und kurzzeitigen Ingewahrsamnahmen.

Es folgten umfangreiche Vorkontrollen und rigorose Grenzsicherungen. Das Schengener Abkommen wurde außer Kraft gesetzt.

31.03.2009

Weitere Einreiseverbote wurden erteilt. AktivistInnen wurden bereits an der Grenze kontrolliert und zurückgeschickt.

Die Vokü, welche das Camp mit Essen versorgen sollte, wurde an der Grenze nicht nach Frankreich durchgelassen.

So wurden zwei Menschen die sich im Wald völlig ruhig verhalten hatten mit Gummigeschossen angegriffen. Dabei wurde der Mindestabstand von fünf Meter weit unterschritten, was tödliche Verletzungen zur Folge haben kann. Eine erste medizinische Versorgung der Wunden wurde z. T. erst am nächsten Morgen gewährt. Die nächsten Tage verliefen ähnlich: über 350 Menschen wurden willkürlich in Gewahrsam genommen und mussten zum Teil mehrere Nächte in überfüllten Sammelzellen verbringen, ohne Essen und teilweise verletzt. Die meisten Menschen wurden wieder frei gelassen, nur einige wenige traf die Polizeiwillkür besonders hart: Neun Menschen sind seit mittlerweile einem Monat im Knast. Wir, die wir diesen Text schreiben, sind einige davon.

Justiz im Auftrag des Präsidenten

Dass ausgerechnet wir hier sind, ist reiner Zufall – jede_n hätte es genauso treffen können. Die Medien ereiferten sich über Randalierer. Präsident Sarkozy forderte öffentlich, die Täter so hart wie möglich zu bestrafen. Polizei und Justiz standen unter dem Druck, „Erfolge“ ihrer Arbeit zu präsentieren, als zwei Tage nach

dem Gipfel die Schnellverfahren stattfanden. So ging es bei den Prozessen im Wesentlichen nicht um die konkreten Tatvorwürfe. Die Urteile orientierten sich stark an den Plädoyers des Staatsanwaltes, dessen Argumentation stützte sich zum großen Teil auf Vermutungen und Behauptungen ohne jede Beweiskraft. Es wurde erst gar nicht versucht den Eindruck eines fairen Verfahrens zu erwecken. Es handele sich um einen „Professionellen“ der „vor Gericht Reden hält“, so der Staatsanwalt über einen der Angeklagten. Als Beweis reichte ihm die Aussageverweigerung bei der Polizei und die große Distanz, die der Beschuldigte zurück gelegt hatte, um an den Protesten teilnehmen zu können. Einer weiteren Person wurde die Mitgliedschaft in der „Organisation Black Block“ vorgeworfen. Das Gericht musste sich erst darüber aufklären lassen, dass es eine solche Organisation gar nicht gibt. Es ging hier eindeutig darum, medienwirksam ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Die Äußerungen Sarkozys hatten uns schon im Vorfeld Schlimmes befürchten lassen. Die Strafen und die Härte der Urteile überraschten auch unsere Rechtsanwälte, da es sich um ein Vielfaches des gewöhnlichen

Strafmaßes handelte – selbst wenn alle Anschuldigungen wahr gewesen wären. Drei Menschen wurden zu Haftstrafen mit sofortigem Haftantritt verurteilt. Zwei Menschen gingen in Berufung. Einige weitere Personen bekamen Bewährungsstrafen. Ein Deutscher, der zu 3 Monaten Haft ohne Vollzug verurteilt worden war, wurde ohne ersichtlichen Grund für 48 Stunden in einen Abschiebeknast gesteckt, bevor er an der wenige Kilometer entfernten Grenze den Behörden der Bundespolizei übergeben wurde. Die sechs anderen hier Einsitzenden hatten bisher keinen Prozess. Vier davon werden am 5. Mai vor Gericht stehen – ein weiterer Fall von Gesinnungsjustiz ist zu erwarten. Zwei sitzen vorerst 4 Monate in U- Haft. In der populären Straßburger Tageszeitung „DNA“, die wir hier zu lesen bekommen, sollte der Eindruck erweckt werden, dass die „Schuldigen“ der Ausschreitungen vom 4. April zu „gerechten Strafen“ verurteilt wurden. So wurden gezielt Informationen unterschlagen, etwa dass drei der Angeklagten bereits zwei Tage zuvor festgenommen wurden. Außerdem wurden Zitate aus den Verhandlungen in völlig falschen Kontexten wiedergegeben. Die Zeitung druckte auch die vollen Namen und Wohnorte der

Verurteilten aus der BRD ab. In einem anderen Fall wurde über einen Angeklagten berichtet, der einen Polizisten gebissen haben soll und behauptete, er habe AIDS. Dazu wurde ein Foto veröffentlicht, das einen Angeklagten vom Vortag zeigt. Dieser hatte jedoch nichts mit den Vorwürfen zu tun. In der Wirkung ein reiner Rufmord, zumal 90% der hier Inhaftierten die „DNS“ lesen.

Die Brandstifter als Friedensstifter

Bei der Medienberichterstattung über die Proteste, soweit wir sie hier mitbekommen konnten, war die berechtigte Kritik an der NATO-Politik völlig aus dem Blick geraten oder wurde gezielt weggelassen. Statt dessen wurden die beteiligten Politiker_innen als Friedensstifter_innen dargestellt. Der „60. Geburtstag“ des Kriegsbündnisses wurde medienwirksam gefeiert und als eine Art Gala der Wohltätigen der westlichen Welt verklärt. Dabei steht die NATO, fast zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges, wie kein anderes Militärbündnis für Aufrüstung, für die Herstellung von mehr und noch „besseren“ Waffen und für immer mobilere Armeen, die jederzeit und überall die Machtinteressen der Herrschenden durchsetzen können.

nämlich die Wahl, dieses oder jenes zusätzlichen Essens oder einige andere Konsumgüter zu kaufen. Mindestens 100 Gefangene haben kein Geld und können sich noch nicht einmal Seife oder Briefmarken kaufen. Sie sind auf die Almosen der Sozialarbeiter und Seelsorger angewiesen. Doch auch das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Im Knast in Straßburg sitzen über 700 Gefangene, bei einer eigentlichen Kapazität von 450 Plätzen. Um die chronische Überfüllung möglich zu machen, werden in die meisten Einzelzellen einfach Doppelstockbetten gestellt. So teilen sich 2 Personen etwa 9m² – einschließlich Toilette. Die Überbelegung ist aber keine Straßburger Besonderheit. Frankreich weit saßen in 200 Gefängnissen am 1. April 63.521 Menschen im Knast. Die Gesamtkapazität beträgt dagegen nur 52.535 Plätze.² In der BRD scheint es nicht anders zu sein: Im März diesen Jahres musste z. B. die Justizministerin von NRW einräumen, dass die Haftbedingungen, unter anderem wegen der Überfüllung, teilweise menschenunwürdig seien.³

Solidarität yeah!

Das Solidarität hilft, können wir hier drin wirklich erleben. Nicht nur die Gefangenen der Proteste, sondern auch die vielen anderen helfen sich gegenseitig: mit Infos, mit Süßigkeiten, mit Zuhören, mit Rat und Tat und das tut gut. Wir freuen uns über die vielen Solidaritätsbekundungen in den verschiedenen Städten. Über all die Menschen, die uns öffentlich, privat und praktisch den Rücken stärken. Wenn die gegen uns verübte Willkür und Gewalt überall, über Grenzen hinweg Menschen auf die Straße und zusammen bringt, dann geht das geplante Exempel, das die Mächtigen an uns statuieren wollen, nach hinten los. Wir freuen uns sehr, wenn jetzt in Frankreich und in der BRD und vielleicht darüber hinaus eine Vernetzung entsteht, ein Netzwerk der Antirepression, dass noch länger Bestand hat. Darum gilt nach wie vor: Solidarität muss praktisch, in Zukunft aber vor allem grenzübergreifend werden!!

- einige Gefangene aus Straßburg -

Straßburg, den 29.04.2009

²DNA 09.04.09 und 25.04.09

³ND 20.03.09

Staatlicher Rassismus und totale Kontrolle sind nicht nur Phänomene innerhalb der Knastmauern. Abschiebung, Erfassung biometrischer Daten, Videoüberwachung und das Ausschnüffeln der Privatsphäre sind nur einige Beispiele die auch in der sog. Freiheit allgegenwärtig sind. Auch Methoden zur Widerstandsbekämpfung gibt es im Knast. So wurde die Polizeieinheit „IRISSE“ allein aus dem Grund der Aufstandsbekämpfung gegründet. Zuletzt wurde diese Anfang April im Gefängnis von Mulhouse eingesetzt. Hier wollten Gefangene nach dem Hofgang nicht zurück in ihre Zellen. Die Beamten sind wie die Cops auf der Straße und bei Demos, mit Tasern, Knüppeln und Tränengas ausgestattet. Die meisten Gefangenen, denen wir hier begegnen, sitzen wegen kleinen Delikten ein. Benutzung falscher Papiere um nicht abgeschoben zu werden oder arbeiten zu können. Alkohol am Steuer. Diebstahl und Etikettenschummel, Besitz von kleinen Mengen Drogen. Viele kamen wie wir per Schnellverfahren direkt in den Knast, für Monate oder gar Jahre. Die meisten sind jung, mit migrantischem Hintergrund und aus den Banlieues. Viele erzählen uns das „Ausländer_innen“ immer die

härtere Strafe bekommen. Als Gefangene_r lebt man nicht völlig schlecht. Die Grundbedürfnisse wie Essen, Wärme, Bewegung, Kontakt zu anderen Menschen sowie medizinische Versorgung werden einigermaßen erfüllt- zumindest so lange du dich normgerecht verhältst. Alles hier ist portioniert und rationiert. Es fängt beim Essen an, geht bei der Zeit auf dem Hof weiter und hört bei den spärlichen Informationen keines Falles auf. Manche Schließer sind scheiße, andere weniger, aber immer ist man abhängig von ihnen, jederzeit haben sie unbegrenzte Zugriffsrechte, immer besteht die Möglichkeit, beobachtet zu werden, immer kann es für unangepasstes Verhalten Disziplinarstrafen geben. Dieses totalitäre System, dass allen Knästen innewohnt beruht auf der Macht der Überwacher und der Ohnmacht der Überwachten. Unsere Freiheiten hier bestehen z. B. darin, zum Gottesdienst zu gehen oder nicht, zum Hofgang zu gehen oder nicht. Schon beim Duschen hört die Freiheit auf. Wer dreimal nicht zu vorgeschrieben Zeiten duschen geht, kommt in die Arrestzelle in den Keller. Auch die Wassertemperatur ist nicht frei wählbar und damit Glückssache. Wer Geld hat, hat noch ein paar weitere Freiheiten:

Der aktuelle Vorwand kann sich ändern, die Palette reicht hierbei von der sogenannten Durchsetzung von Menschenrechten, der Jagd auf Terroristen oder aktuell der Kampf gegen die Piraten von Somalia. Die wahren Gründe für Interventionen bleiben die gleichen: Ausweitung der freien Märkte, Rohstoff – und Ressourcensicherung, sowie geopolitisches Machtkalkül. Einige der am NATO- Gipfel Beteiligten sind für tausende Tote auf der ganzen Welt verantwortlich. Der Irak und Afghanistan sind hierbei nur die populärsten Beispiele. Das mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem Gipfeltreffen diskutierte NATO - Strategiepapier „ Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen Welt- Die transatlantische Partnerschaft erneuern“ zeigt nicht nur ganz klar die zukünftigen

Kriegsschauplätze des Nordatlantik Paktes auf, es nennt auch noch ungeniert die oben bereits erwähnten wirtschaftlichen Gründe für eine militärische Präsenz. Hier wird insbesondere die Bedeutung Afrikas in Bezug auf Ressourcenknappheit, Klimawandel und Migrationskontrolle hervorgehoben. Aktuelle Fragestellungen des 21. Jahrhunderts sollen mit Hilfe einer neuen, gemeinsamen Militärstrategie gelöst werden. Es bedarf also keines großen

Rechercheaufwands um die NATO als Kriegstreiber in der Pose einer Weltpolizei zu überführen. Umso skurriler erscheint das produzierte Medienbild. Völlig verzerrt, werden auf der einen Seite die NATO - Staaten als „ Friedensstifter“ dargestellt und auf der anderen Seite die Demonstranten_innen als Gewalttäter_innen diffamiert. Das Problem der strukturellen Gewalt eines Kriegsbündnisses wird komplett ausgeblendet. So ist es nicht verwunderlich das Kriege relativiert und mit den Ausschreitungen in Straßburg verglichen werden. Brennende Barrikaden können dann schon einmal mit den Bildern des zerstörten Beiruts gleichgesetzt werden. So gerät eine freie Berichterstattung zur Farce. Egal was man nun von den Ausschreitungen hält, das Verhalten der Medien legt nur einen Schluss nahe, es soll von den wahren Brandstiftern, in Form der NATO, abgelenkt werden.

Im Knast....

Irgendwie sind wir im Knast weit weg von der Welt und doch mittendrin. Das klingt paradox, doch vor allem hier drin werden die negativen Aspekte unserer Gesellschaft deutlich.